

Ansprache von Beatrice Fihn, Direktorin der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN)

Aussenpolitische Kommission des Ständerates, Bern, 25. Oktober 2018

[Übersetzung aus dem Englischen. Es gilt das gesprochene Wort.]

Herr Präsident

Frau Vizepräsidentin

Sehr geehrte Ständerätinnen und Ständeräte

Liebe Kollegen und Kolleginnen

Vielen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Es ist das erste Mal, dass ich die Gelegenheit habe, mich formell an Mitglieder des Schweizer Parlaments zu wenden und es ist mir eine grosse Ehre mich heute mit Ihnen auszutauschen.

Ich danke Ihnen ausserdem für Ihr Verständnis, dass ich meine Ansprache auf Englisch halten werde. Umso mehr als ich weiss, dass Englisch keine offizielle Sprache ist in der Schweiz. Aus diesem Grund haben wir deutsche und französische Übersetzungen meiner Rede für Sie vorbereitet. Mein Französisch ist leider nicht so gut wie ich es mir wünsche, obwohl ich schon eine Weile in Genf lebe. *Mais, j'y travaille.*

Diese Anhörung kommt zu einem kritischen Zeitpunkt. Vor ein paar Tagen hat US-Präsident Trump erklärt, dass er das INF-Abkommen aufkündigen will – ein Rüstungskontrollabkommen, das erfolgreich eine ganze Kategorie von Atomwaffen verbietet. Diese Ankündigung folgt auf die Irankrise, die Nordkoreakrise und den Umstand, dass alle Atomwaffenstaaten neue Atomwaffen entwickeln mit der Absicht, diese noch jahrzehntelang für den Einsatz bereit zu halten. Es ist eine gefährliche Zeit. Wir sind seit den 1980er Jahren nie mehr so nah am Abgrund einer nuklearen Katastrophe gestanden wie heute. Worauf all dies herausläuft ist, dass nur die Abschaffung von Atomwaffen sicherstellen kann, dass diese nie wieder eingesetzt werden. Atomwaffen gehören verboten. Und zwar vollumfänglich und für alle Staaten.

Das ist das Hauptziel des Kernwaffenverbotsvertrags (TPNW), der letztes Jahr an der UNO angenommen wurde. Der Vertrag ist das Resultat langjähriger Zusammenarbeit der grossen Mehrheit aller Staaten mit der Zivilgesellschaft, der Rotkreuzbewegung und der UNO. Er ist eine historische Errungenschaft.

Die Schweiz hat massgeblich zu diesem Erfolg beigetragen. Sie war federführend in den Bestrebungen, die humanitären Konsequenzen von Atomwaffen ins Zentrum der nuklearen Abrüstungsdebatte zu rücken, und sie hat einflussreiche Studien finanziert, die EntscheidungsträgerInnen halfen, Atomwaffen aus der humanitären Perspektive zu betrachten.

Eine dieser, von namhaften NonproliferationsexpertInnen verfassten Studien kam zum Schluss – Zitat:

„Die Delegitimierung von Nuklearwaffen ist von zentraler Bedeutung für die Verhinderung ihres Einsatzes und die nukleare Abrüstung. Delegitimierung ist ein Prozess der Abwertung; der Verminderung des Legitimitäts-, Prestige- und Autoritätsanspruchs [von Atomwaffen].“¹

Darin besteht der Verdienst des Kernwaffenverbotsvertrags. Er hält formell fest, dass Atomwaffen in der heutigen Welt keine legitime Rolle zukommt. Weder zur Kriegsführung, noch als Instrumente der Sicherheitspolitik. Atomwaffen sind unmenschlich, töten unterschiedslos und verursachen unannehmbares Leid.

Die Schweiz hat immer wieder betont, dass es „kaum vorstellbar sei, wie Nuklearwaffen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht eingesetzt werden könnten“, und dass ihr Verbot „grundsätzlich zentralen Interessen und traditionellen Werten der Schweiz [...], namentlich ihren Sicherheitsinteressen“ entspreche.

Der nächste Schritt ist daher klar: die Schweiz muss dem Vertrag nun beitreten. Der Beitritt bewahrt die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Fürsprecherin des humanitären Völkerrechts, und er bestärkt ihre Glaubwürdigkeit als unabhängiger und neutraler Staat in den Augen der internationalen Gemeinschaft.

Das sind gewichtige Gründe für den Beitritt. Es hat mich daher schockiert, dass es die Schweiz gemäss dem Bericht des Bundesrates in Betracht zieht, sich „unter einen Nuklearschirm zu stellen“. Im Klartext bedeutete das nämlich: die Schweiz heisst es gut, dass ein anderer Staat in ihrem Namen damit droht ganze Städte einzuäschern.

Das ist nicht die Schweiz, die ich kenne und liebe. Und ich bin nicht die Einzige, die so denkt: „Eine ungeheuerliche Vorstellung“ schrieb ein Schweizer Bürger in einem Leserbrief im *Bund*. Und über 6500 Leute haben bereits eine von ICAN Switzerland lancierte Petition unterzeichnet: Das Volk will, dass die Schweiz dem Atomwaffenverbot jetzt beitrete.

Ich habe die Einwände des Bundesrates gegen den Beitritt sorgfältig analysiert. Es sind bekannte Einwände, die normalerweise von Staaten vorgebracht werden, die Atomwaffen besitzen (wie Frankreich) oder auf deren Territorium Atomwaffen stationiert sind (wie Deutschland). Das sind keine Gründe für die Schweiz dem Vertrag nicht beizutreten.

Mit Verlaub möchte ich daher gerne eine paar Punkte klarstellen, in denen ich nicht mit dem Bundesrat übereinstimme:

1. Der Vertrag bestärkt bestehende Instrumente, wie den Nonproliferationsvertrag, und ist voll kompatibel mit ihnen.
2. Der Vertrag weist keine technischen Schwächen auf. Seine Verifikationsbestimmungen sind detaillierter als die anderer Instrumente.
3. Weder der Vertrag noch der Beitritt der Schweiz wird eine destabilisierende oder polarisierende Wirkung haben.

¹ Ken Berry, Patricia Lewis, Benoît Pélopidas, Nikolai Sokov and Ward Wilson, *Delegitimizing Nuclear Weapons: Examining the Validity of Nuclear Deterrence*, The James Martin Center for Nonproliferation Studies, Monterey Institute of International Studies, 2010.
https://www.fdfa.admin.ch/dam/eda/de/documents/aussenpolitik/sicherheitspolitik/Delegitimizing_Nuclear_Weapons_May_2010.pdf

Letztlich läuft es darauf heraus, dass wir alle in Gefahr sind, solange gewisse Staaten an Atomwaffen festhalten. Das Risiko einer Atomwaffenexplosion ist real und steigt, ob infolge eines Unfalls, eines Missverständnisses oder absichtlich verursacht.

Bis jetzt hatten wir sehr grosses Glück. Aber Glück ist keine rationale Sicherheitspolitik. Atomwaffen zu verbieten, im Hinblick auf ihre Abschaffung, ist die rationale Handlungsweise. Die einzige Frage ist: „Wann?“

Ihre KollegInnen im Nationalrat beantworteten diese Frage mit: „Jetzt!“
Und das Volk sagt Ihnen: „Jetzt!“

Wie werden Sie antworten?

Herr Präsident

Frau Vizepräsidentin

Sehr geehrte Ständerätinnen und Ständeräte

Sie stehen heute an einem Scheideweg.

Sie können entweder dem Bundesrat folgen und abwarten und aufs Beste hoffen.

Oder Sie können sich entscheiden, dem Vertrag jetzt beizutreten, und damit ein klares Zeichen an die internationale Gemeinschaft senden.

Es gibt keinen Mittelweg. Die Atomwaffenstaaten bewegen sich in eine gefährliche Richtung und ein erneutes Wettrüsten bahnt sich an. Indem sie dem Vertrag jetzt beitreten, machen Sie klar, dass sie diese Tendenzen nicht goutieren.

Sie können heute wirklich etwas bewegen. Aus Gesprächen mit Leuten überall auf der Welt – Ministerinnen, religiösen Führern, anderen Nobelpreisträgern, Diplomatinen und Aktivisten – weiss ich: Die Welt schaut auf Sie.

Werden Sie sicherstellen, dass die Schweiz auf der richtigen Seite der Geschichte steht?

Ich bitte Sie, sehr geehrte Mitglieder des Parlaments, für diesen Vertrag einzustehen. Jetzt ist der entscheidende Moment. Die Welt kann es sich nicht leisten zuzuwarten.